



HESSISCHER LANDTAG

13. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend europäische Finanzkrise wirksam bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist über die andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise und die Ausweitung ihrer Dimensionen besorgt und versteht die Ängste der Menschen in Hessen, Deutschland und Europa.
2. Der Landtag sieht die von der Bundesregierung geforderte strenge Kürzungspolitik für die Staaten in Europa als großes Risiko für das soziale und wirtschaftliche Fundament Europas. Die weitere Verschärfung der restriktiven Haushaltspolitiken der Staaten der EU droht die Konjunkturentwicklung nachhaltig zu verschlechtern und die Krise weiter zu verschärfen. Eine solche Politik ist bereits 1931 in Deutschland gescheitert. Sie birgt auch heute Gefahren für den Bestand von Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt.
3. Der Landtag ist überzeugt, dass die Stabilität der Europäischen Union nur erhalten werden kann, wenn sich die Mitgliedstaaten untereinander auf eine Koordinierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik einigen, die ausufernde Leistungsbilanzüberschüsse verhindert. Nur wenn alle europäischen Staaten eine vergleichbare wirtschaftliche und soziale Entwicklung erreichen, kann der Zusammenhalt des europäischen Währungsraums erreicht werden. Eine Währungsunion kann nur in einer politischen Union erreicht werden, deren demokratische Kontrolle deutlich gestärkt werden muss.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für folgende Maßnahmen stark zu machen:
 - Die staatliche Verschuldung muss sich an der Höhe staatlicher Investitionen orientieren und kann aufgrund konjunktureller Notwendigkeiten höher ausfallen. Die Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass kreditfinanzierte Konjunkturpolitik erfolgreich zur Abfederung von Krisen beitragen kann.
 - Die Mitgliedstaaten der EU müssen ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik innerhalb der Gemeinschaft besser koordinieren, hierzu zählen insbesondere der Ausgleich der Außenhandelsbilanzen und allgemeine Sozialstandards und europäische Mindestlöhne.
 - Dazu erforderliche Vertragsänderungen werden unterstützt, parallel müssen die Entscheidungsrechte über die Fortentwicklung der Europäischen Union durch die Parlamente erheblich gestärkt werden, um die Europäische Union zu demokratisieren.
 - Rettungs- und Stabilisierungsmaßnahmen müssen unter der Voraussetzung nachhaltiger Strukturreformen zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landes stehen und die Gläubiger für das von ihnen eingegangene Risiko mit in Haftung nehmen.
5. Der Landtag spricht sich für die Einführung von Euro-Bonds aus. Der Schaden, der bereits durch das Ansteigen der Zinsen und Renditen von Staatsanleihen einzelner Eurostaaten entstanden ist, wäre mit

Euro-Bonds nicht eingetreten, da ein Auseinanderdriften der Refinanzierungskosten der Staaten nicht möglich gewesen wäre.

6. Der Landtag fordert die Sozialisierung der Finanzindustrie und ihre Entflechtung. Das System von unbeschränktem weltweitem Kapitalverkehr, auf dem einige Akteure so groß sind, dass sie als "systemrelevant" angesehen werden müssen und ihr Untergang den Bestand ganzer Staaten bedroht, ist nicht zukunftsfähig. Die Verstaatlichung von Großbanken ist als Notmaßnahme schnellstmöglich anzustreben, um weitere Stabilisierungsmaßnahmen zu ermöglichen.
7. Der Landtag unterstützt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese kann auch in einem ersten Schritt ausschließlich in Deutschland geschehen. Die Bundesrepublik kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, da auf dem Finanzplatz erhebliches Handelsvolumen von dieser Maßnahme betroffen ist.
8. Der Landtag sieht in der Verschärfung von Regeln für die Haushalts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union keine geeignete Maßnahme zur Beendigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Verschärfung von Regeln, die gegenwärtig für viele Staaten der Europäischen Union aufgrund ihrer akuten Konjunkturkrisen gar nicht einhaltbar sind, kann keine positive Wirkung auf die von der Krise am stärksten betroffenen Staaten der EU haben. Solche Maßnahmen sind hingegen geeignet, Staaten, die sich in Krisen befinden, zum Kürzen zu zwingen und so die Konjunktur weiter zu schwächen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen